

Niederschrift

Nr. 12/16

über die

Pfi/öst

**öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Denzlingen
am 13.09.2016**

Beginn: 19:40 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hollemann

Gemeinderäte: Rudolf Wöhrlin, Guido Echterbruch, Rolf Fehrenbach, Silke Höfflin, Volkmar Bensch, Dr. Sabine Ohrt-Volkert, Thomas Pantel, Andreas Tym, Willi Kieninger, Elfriede Behnke, Jürgen Kaufmann, Reiner Uehlin, Barbara Nübling, Harald Martin, Ringold Wagner, Axel Weniger, Christine Höldin

Beamte, Angestellte, BR Carsten Müller

usw.: VOAR Martin Ziegler

VAfr Sibylle Pfister, Protokollführung

BOAR Hans-Jürgen Schneider

Sonstige Personen: Zu TOP 3: Frau Dr. Breitschwerd

Es fehlten entschuldigt: Gemeinderat Sascha Ingold
Gemeinderat Daniel Böhler
Gemeinderat Jochen Himpele,
Gemeinderat Michael Dick,
Gemeinderat Dr. Arnfried Kapp-Schwoerer

Befangenheit:

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende, Bürgermeister Hollemann, fest, dass

- zu der Sitzung durch die Ladung vom 05.09.2016 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
- Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung am 08.09.2016 ortsüblich bekannt gegeben worden sind.

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingegangen.
Es wurde folgende Tagesordnung erlassen:

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**
2. **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**
3. **Vorstellung der Ergebnisse aus der Bürgerumfrage im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes Denzlingen 2030**
Anlage: Informationsvorlage Drucksache-Nr. 114/2016
(ca. 60 min.)
4. **Gemeindeeigener Wohnungsbau – Standort Äußerer Untergraben
Vergabe von weiteren Planungsleistungen / Fachingenieursleistungen**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 120/2016
(ca. 10 min.)
5. **Förderung für private Vermieter bei Vermietung von leerstehendem Wohnraum**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 105/2016, Nachtrag 1
(ca. 30 min.)
6. **Ergänzung Knotenpunkt B3 / B294
Sachstandsbericht**
Anlage: Informationsvorlage Drucksache-Nr. 122/2016
(ca. 30 min.)
7. **Theodor-Heuss-Platz
Beschluss über die Gestaltung der Außenanlagen des Sommerhofareals**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 121/2016
(ca. 20 min.)
8. **Verschiedenes, Fragen, Anregungen
Fragestunde**

Vor Beginn der Tagesordnung informiert Bürgermeister Hollemann, dass der heutige Tagesordnungspunkt 5 aufgrund eines Krankheitsfalles abgesetzt und auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird.

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**

Wortmeldung eines Bürgers: er spricht den geplanten Spielplatz beim Theodor-Heuss-Platz an, der heute unter TOP 7 beraten wird. Bürgermeister Hollemann dankt für den Hinweis. Herr Schneider wird unter Tagesordnungspunkt 7 Details zum Beginn und der Gestaltung des Platzes erläutern.

2. **Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Bürgermeister Hollemann gibt einen Beschluss der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung im Wortlaut bekannt:

3. Vorstellung der Ergebnisse aus der Bürgerumfrage im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes Denzlingen 2030

Bürgermeister Hollemann begrüßt Frau Dr. Breitschwerd, die heute das Ergebnis aus der Bürgerumfrage im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes Denzlingen 2030 vorstellen wird. Bürgermeister Hollemann ist über die große Beteiligung bei der Bürgerumfrage begeistert. Dies zeigt das große Interesse der Bürger an ihrer Gemeinde. 97 % der Befragten leben gerne oder sehr gerne in Denzlingen, so der Bürgermeister. Dies spricht für die Gemeinde, die gute Arbeit des Gemeinderates und das Miteinander der Menschen.

Anhand einer Präsentation stellt Frau Dr. Breitschwerd das Ergebnis der Umfrage vor und geht auf den weiteren Zeitplan des Gesamtgemeindlichen Entwicklungskonzeptes Denzlingen 2030 ein. Mit insgesamt 1.311 Teilnehmern hat die Umfrage einen beachtlichen Rücklauf von 10 % erreicht, stellt sie fest. Es wird deutlich, dass alle Bevölkerungsgruppen mit der Befragung abgeholt wurden. Unter anderem geht sie auf die offenen Fragen, Stärken und Schwächen sowie Visionen für Denzlingen ein. Ebenfalls erläutert sie Handlungsfelder im Kontext und deren Bewertung. Abschließend informiert sie über die am 22.09.2016 stattfindende Zukunftswerkstatt.

Die Gemeinde nimmt das Ergebnis wie vorgetragen zur Kenntnis, so Bürgermeister Hollemann. Er bedankt sich bei Frau Dr. Breitschwerd und verabschiedet diese.

4. Gemeindeeigener Wohnungsbau – Standort Äußerer Untergraben Vergabe von weiteren Planungsleistungen / Fachingenieursleistungen

Herr Müller erläutert den Sachverhalt. Die Honorarangebote der Fachingenieurleistungen liegen aus Bieterschutzgründen als nichtöffentliche Anlage vor. Herr Müller berichtet, dass die Verwaltung mit allen vorgeschlagenen Büros bereits gute Erfahrungen gemacht hat und empfiehlt deshalb, die entsprechenden Vergaben.

Gemeinderat Echterbruch stellt eine Frage zur weiteren Vorgehensweise und zum genauen Auftrag der Architekten. Herr Müller antwortet hierauf. Unter anderem geht er auf die Planung mit der Unterkellerung ein. Es gibt bisher nur erste Entwürfe und noch keine Detailentwürfe. In einer der nächsten Sitzungen wird der Vorentwurf zur Beratung vorgestellt. Er weist darauf hin, dass kein fertiges Modell, sondern nur Vorentwürfe im Gemeinderat voraussichtlich im Oktober vorgelegt, diskutiert und beschlossen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Vergabe folgender Planungsleistungen:

1. Tragwerksplanung

Müller + Klein aus 79117 Freiburg

2. Technische Gebäudeausrüstung HLS

IB Becherer aus 79312 Emmeningen

3. Technische Gebäudeausrüstung Elektro

4. Bauphysik – EnEV – Nachweis

Müller + Klein aus 79117 Freiburg

5. Förderung für private Vermieter bei Vermietung von leerstehendem Wohnraum

Wird vertagt

6. Ergänzung Knotenpunkt B3 / B294

Sachstandsbericht

Bürgermeister Hollemann erläutert den Sachverhalt und informiert über den stattgefundenen Pressetermin mit Regierungspräsidentin Schäfer im Juli 2016. Auch geht er auf die politische Ausgangssituation und die entsprechende Zuständigkeit des Regierungspräsidiums ein. Optimistisch hat ihn die Aussage von Frau Schäfer gemacht, dass das Regierungspräsidium konstruktiv im Prozess mitarbeiten will. Die Regierungspräsidentin sieht, dass dies für die Region ein wichtiges Projekt ist.

Danach geht Herr Schneider auf die interkommunale Projektstudie Knoten B3/B294 und ihre Vorgeschichte ein. Es wurden verschiedene Lösungsansätze und deren Kosten – Nutzen untersucht. Herr Schneider erläutert die einzelnen Varianten. Ziel war, dem Straßenbaulastträger eine Lösung aufzuzeigen, die wirtschaftlich und geländeschonend ist. Unter Mitwirkung des Straßenbauamtes haben sich zwei Varianten mit einem guten Kosten-Nutzungsverhältnis herauskristallisiert, merkt er an. Er erläutert die zwei Varianten „Direktrampe“ und „Trogvariante“ sowie deren Verkehrsbeziehung. Danach zeigt Herr Schneider die Vorteile einer Direktrampe auf. Auch die Träger öffentlicher Belange wurden hierzu gehört. Das Landratsamt Emmendingen hat sich sehr in die Planung eingebracht und würde die Variante „Direktrampe“ favorisieren. Unterstützung zu diesem Infrastrukturprojekt wurde seitens des Regierungspräsidiums zugesagt. Herr Schneider betont, dass es den Bürgermeistern und Abgeordneten wichtig war, dem Regierungspräsidium Lösungen aufzuzeigen. Mit dieser Studie ist der erste große Schritt getan. Die weitere Entwicklung gilt es abzuwarten.

Gemeinderat Uehlin gibt eine persönliche Erklärung ab: Bereits vor 15 Jahren war dieses Thema schon auf dem Tisch. Er berichtet über die damalige Verkehrszählung und stellt die heute vorgestellte Statistik in Frage. Für ihn kann es nicht sein, dass eine Maßnahme gemacht wird, die nicht effizient ist. Seiner Ansicht nach müsste vorher erst nochmals eine Verkehrszählung stattfinden. Eine Lösung für Denzlingen wäre, die Hauptstraße zu entwidmen, merkt er an. Herr Schneider geht davon aus, dass die Büros mit den neuesten Zahlen agieren. Er weist darauf hin, dass vor zwei Jahren ähnliche Zahlen in einer Pressemitteilung zu diesem Thema verkündet wurden. Die von Gemeinderat Uehlin angeführten 15 Jahre sind ein langer Zeitraum. Er geht davon aus, dass die vorgestellten Zahlen ihre Richtigkeit haben, zumal der Verkehr über die Jahre zugenommen hat. Auch von Seiten der Fachbehörden des Regierungspräsidiums wurden keine Zweifel zu diesen Zahlen bekundet. Danach geht Herr Schneider auf die angesprochene Entwidmung der

Landesstraße Hauptstraße ein.

Nach Ansicht von Gemeinderat Echterbruch muss alles in Relation gesehen werden, was es an Flächenverbrauch gibt. Die Trogvariante wäre für ihn die maximale Lösung, die für seine Fraktion noch vertretbar wäre. Der Gemeinderat findet es schade, dass er über die Presse über dieses Thema erfuhr, zumal dies in einer nichtöffentlichen Klausurtagung beraten wurde. Nach Ansicht von Gemeinderat Echterbruch wäre es schöner gewesen, wenn der Gemeinderat nichtöffentlich informiert worden wäre, dass wieder in die Planung hierzu eingestiegen wurde. Bürgermeister Hollemann antwortet, dass er keinen Gemeinderat in der Umgebung kennt, in dem dieses Thema schon behandelt wurde. Im Landratsamt wurde diskutiert, ob das Thema aufgenommen und in die Bundesverkehrswegeplanung eingebracht wird. Er berichtet, dass am Freitag vor der letzten Gemeinderatssitzung die Unterlagen im Rathaus ankommen. Es kam eine Anfrage der Presse hierzu, die an den Initiator, die Stadt Emmendingen, weiter verwiesen wurde. Es ist in der Tat so, dass es sich um eine Maßnahme des Landes handelt. In der angesprochenen Klausursitzung wurde besprochen, dass das Land zuständig sei und sich darum kümmern müsse. Bürgermeister Hollemann antwortet Frau Gemeinderätin Höfflin, dass die Gemeinde Denzlingen die Grundlagendaten für das Gutachten geliefert hat. Er baut darauf, dass über aktuelle Zahlen gesprochen wird, die die Fachplaner zugrunde legen. Die interkommunale Studie wurde unter Federführung der Stadt Emmendingen erstellt. Laut Herrn Schneider war Aufgabe der Planer, sich die neuesten Zahlen zu beschaffen und in Verkehrsmodelle einzuarbeiten. Gemeinderat Wöhrlin nimmt Bezug auf das Verkehrsgutachten. Dies liegt deutlich unter den heute vorgestellten Zahlen. Er geht davon aus, dass es Schätzwerte der Verkehrsplaner sind. Er stellt sich die Frage, ob Denzlingen den geringsten Nutzen davon hätte. Zustimmung wäre für ihn eine Frage der Solidarität mit Sexau und Buchholz. Diese Solidarität sollte dann aber auch in anderen Lagen eingefordert werden. Er geht hierbei insbesondere auf die Kosten der Umgestaltung des Bahnhofs und die Ausgaben für weitere Parkflächen ein. Es müssten Verhandlungen mit den Gemeinden erfolgen, ob diese sich an den Parkplätzen beteiligen. Auch er hätte sich zu diesem Thema eine Diskussion im Gemeinderat gewünscht.

Bürgermeister Hollemann nahm aus Gesprächen mit anderen Bürgermeistern mit, dass diese Solidarität bekunden, z. B. bei Ausgleichsmaßnahmen. Er erläutert dies. Auch merkt er an, dass das ganze Thema mit der Offenlage des Bundesverkehrswegeplans gestartet ist. Bürgermeister Hollemann hatte damals die Gemeinderäte über den Termin im Regierungspräsidium. Er persönlich hält die Maßnahme für ein gangbares Infrastrukturprojekt mit Entlastung für die Gemeinde Denzlingen und für umweltverträglich angemessen. Gemeinderat Wöhrlin spricht die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde Denzlingen an. Herr Müller geht auf das Planfeststellungsverfahren und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ein. Gemeinderat Martin sieht den Flächenverbrauch kritisch. Er persönlich sieht die Notwendigkeit einer Verkehrsbefragung. Gemeinderat Tym fragt nach, wann die interkommunale Projektstudie beauftragt wurde und ob sich Denzlingen beteiligt hat. Bürgermeister Hollemann betont, dass der Beitrag Denzlingens die Lieferung der Grundlagendaten der Untersuchung vor zwei bis drei Jahren war. Für Gemeinderat Weniger wäre es nicht vertretbar, dies nicht zu machen, wenn man

durch diese Maßnahme bis zu 2.000 Fahrzeuge aus dem Ort herausbekommt. Er ist dafür, dass der Verkehr in Geschwindigkeit und Anzahl reduziert wird. Den Bundestags- und Landtagsabgeordneten sollte der Weitblick für ihre Wähler nicht abgesprochen werden. Es ist weise, aufs Ganze zu schauen. Flächenverbrauch ist wichtig und sollte nicht außer Acht gelassen werden. Noch wichtiger ist, an Lösungen zu arbeiten. Es ist definitiv eine große Entlastung für Denzlingen, wenn bis zu 2.000 Fahrzeuge weniger durch die Gemeinde rollen. Der Lärm erhöht sich durch das Anfahren, stellt Gemeinderat Wagner fest. Auf den Sammelstraßen erhöht sich die Aggression, insbesondere durch die parkenden Fahrzeuge, ergänzt er. Gemeinderat Martin merkt an, dass Bürgermeister Hollemann über den Termin im Regierungspräsidium vor der Sommerpause informiert hat. Schade war für ihn, dass der Gemeinderat keine Gelegenheit hatte, hierüber zu beraten. Gemeinderat Pantel und Gemeinderat Martin wünschen sich, dass der Gemeinderat Verkehrszahlenmaterial ausgehändigt bekommt. Auch sollte klar sein, wie diese erhoben wurden. Herr Schneider betont, dass wenn das Regierungspräsidium in die weitere Variantenuntersuchung einsteigt und ein Planfeststellungsverfahren einleitet, dies nur mit aktuellen Zahlen geht. Zum Thema Geländeverbrauch merkt er an, dass einiges von den Ausgleichsflächen in den grünen Inseln realisiert werden kann.

Gemeinderätin Behnke geht auf die Studie und die Verkehrsströme durch Denzlingen ein. Sie hält die Zahl des Verkehrs innerhalb Denzlingens seit der Umfahrung und Verlegung der L110 für hoch.

Bürgermeister Hollemann erläutert die Finanzierungsmöglichkeiten von Land und Bund. Im Bereich ÖPNV hat die Gemeinde Denzlingen schon in früheren Zeiten beim Bau von Parkplätzen am Bahnhof von den GVFG-Mitteln profitiert. Diese Mittel tragen auch Einwohner von Sexau und Buchholz, so dass diese Gemeinden auch solidarisch sind. Gemeinderat Fehrenbach gibt zu bedenken, dass durch die neu geschaffene Ortsmitte und Neubaugebiete der Verkehr zunehmen wird. Es sollte die Gelegenheit genutzt werden, das Bauwerk zu realisieren und die Hauptstraße zu entlasten.

Theodor-Heuss-Platz

Beschluss über die Gestaltung der Außenanlagen des Sommerhofareals

Herr Schneider erläutert den Sachverhalt. Es gibt eine Verpflichtung der Gemeinde im Nachgang zum Kaufvertrag zur Errichtung eines Spielplatzes auf dieser Fläche. Er erläutert die Planungen zu den Kleinkindspielflächen und die Möglichkeit für Jugendliche. Für Gemeinderätin Nübling ist dies ein gelungenes Gesamtkonzept. Jung und Alt können sich hier gemeinsam aufhalten. Gemeinderat Echterbruch spricht den Beitrag des Bauvereins von 60.000 € an. Er fragt nach, wie lange die Ausstattung hält, bis man wieder investieren muss. Dies sollte seiner Meinung nach nicht zu Lasten anderer Spielplätze gehen. Herr Schneider geht auf die Investitionen und deren Unterhaltungskosten ein. Es wurde noch keine Entscheidung zur Auswahl eines Geräteanbieters getroffen, stellt er fest. Bei Zustimmung des Gemeinderats zum Konzept werden konkrete Angebote eingeholt. Die 60.000 € werden vermutlich nicht ausreichen. Dem Gemeinderat wird eine konkrete

Kostenberechnung vorgelegt werden. Gemeinderat Echterbruch wünscht sich, dass der neue Spielplatz im Verhältnis zu den anderen Spielplätzen steht und nicht eine Luxusvariante wird. Gemeinderat Kieninger wünscht sich, dass die großen Bäume dort erhalten bleiben. Diese sollen so lange wie möglich erhalten bleiben, stellt Herr Müller fest. Beim angedachten Sonnensegel soll jetzt bereits ein Baum als Vorsprung gepflanzt werden.

Der Gemeinderat befürwortet mit einer Gegenstimme, einer Enthaltung und 16 Ja-Stimmen das Gestaltungskonzept (laut Anlage) und beschließt die weitere Ausarbeitung und Beauftragung.

8. Verschiedenes, Fragen, Anregungen

Fragestunde

Fragestunde:

Wortmeldung eines Zuhörers: er nimmt Bezug auf den Verkehrslärm auf der Schnellstraße. Wenn das Bauwerk nicht entsteht, gibt es mehr Lärmbelastung. Bürgermeister Hollemann antwortet, dass die Gemeinden aufgefordert waren, Lärmschutzaktionspläne zu entwickeln. Eine Temporeduzierung ist die sinnvollste Möglichkeit, Lärm zu reduzieren. Dies ist sicherlich die beste Lärmschutzmaßnahme.

Verschiedenes, Fragen, Anregungen

a) MACH' BLAU

Gemeinderat Kieninger berichtet aus Kritik in der Bevölkerung, dass das MACH' BLAU kurz vor der Freibadsaison am Mittwoch wegen Betriebsausflug zu macht. Im kommenden Jahr sollte dies anders geplant werden. Herr Ziegler weist darauf hin, dass in den Vorjahren der Betriebsausflug immer während oder nach der Revision stattfand. In diesem Jahr gab es Terminprobleme.

b) Grüne Rabatte in der Hindenburgstraße

Gemeinderat Echterbruch weist darauf hin, dass die Büsche und Bäume einen schlechten Eindruck machen. Auch fragt er nach, wie es bei den Kastanien am Festplatz weitergeht. Herr Schneider berichtet zu den Bäumen in der Hindenburgstraße über die Anpflanzgarantie der Firma. Wenn es bis zum Frühjahr keine Änderung gibt, wird die Firma die Bäume ersetzen. Bei den Bäumen beim Heimethues hat der Bauhof zusätzliche Bewässerungsmaßnahmen durchgeführt, so Herr Schneider. Eventuell werden die Bäume auch ausgetauscht.

c) Behindertengerechter Eingang Rathaus

Gemeinderat Bensch weist darauf hin, dass die Eingangstür im Hinblick auf Behindertengerechtigkeit z. B. durch eine Automatik besser aufgehen könnte. Herr Müller berichtet, dass entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt sind. Derzeit ist das Bauamt mit vielen anderen Projekten beschäftigt. Das Thema wird baldmöglichst angegangen. Er verweist auf die technischen Anforderungen hierzu. Die Mittel

werden in den Haushalt 2017 übertragen.

- d) Beschilderung Ecke Hauptstraße / Rosenstraße
Herr Müller nimmt Bezug auf die Anmerkung im Gemeinderat. Er weist darauf hin, dass es ein Straßenschild „Rosenstraße“ an der Hauswand der Sparkasse gibt. Er zeigt hierzu ein Foto.

Der Vorsitzende schließt um 22:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Abgeschlossen und beurkundet



Markus Hollemann, Bürgermeister



Sibylle Pfister, Protokollführung

Gemeinderäte:



Christine Höldin



Jürgen Kaufmann